Zeitschrift: ASMZ : Sicherheit Schweiz : Allgemeine schweizerische Militärzeitschrift

Herausgeber: Schweizerische Offiziersgesellschaft

Band: 188 (2022)

Heft: 6

Rubrik: Vermischtes

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 09.12.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Ein Jahr Allianz Sicherheit Schweiz

Mit den einleitenden Worten «Die zunehmende Anspannung der Lage im strategischen Umfeld der Schweiz erfordert eine glaubwürdige Politik für innere und äussere Sicherheit» eröffnete Ständerat Thierry Burkart vor rund neun Monaten die Gründungsversammlung der Allianz Sicherheit Schweiz. Nun, am 17. Mai 2022, wurde an der ersten Generalversammlung Bilanz gezogen. Seit dem Angriff Russlands auf die Ukraine finde sich die Welt in einer tragischen Realität wieder, die dem Allianz-Präsidenten recht gebe: Es herrscht Krieg in Europa und die Schweiz ist auf eine zukunftsgerichtete Verteidigungsarmee angewiesen. Um die Sicherheit in der Schweiz zu verbessern, konnte die Allianz im Rahmen zweier Kommissionsanhörungen einen argumentativen Teppich für politische Massnahmen legen. Weiter bereitete die Allianz die Strukturen für die Kampagne gegen die «Stop-F-35-Kampagne» vor. Dieser Aufbau wird wichtig sein, da SP, Grüne und die Gruppe für eine Schweiz ohne Armee an ihrer laut Allianz «undemokratischen Salamitaktik» festhalten. Deshalb informierte die Allianz ihre Mitglieder regelmässig über Entwicklungen betreffend F-35-Beschaffung und machte auch intensiv Druck gegenüber verzerrten Medienberichterstattungen. Beispielsweise reichte sie eine Beanstandung bei der SRF-Ombudsstelle gegen die Rundschau wegen Verstosses gegen die Sachgerechtigkeit ein. Dieser wurde von der Ombudsstelle rechtgegeben und das SRF gerügt.

Valtteri Hirvonen (links), Thierry Burkart (Mitte) und Georg Häsler im Gespräch.
Bild: Daniel Saxer/iOf

Die Generalversammlung wurde abgerundet durch zwei Referate. Im ersten zog «NZZ»-Journalist und Militärexperte Georg Häsler erste Lehren aus dem Ukraine-Krieg für die Schweizer Sicherheitspolitik. Höhepunkt des Abends bildete das Referat des finnischen Botschafters Valtteri Hirvonen, der knapp zwei Stunden nach dem finnischen Parlamentsentscheid, ein Nato-Beitrittsgesuch zu stellen, auf der Bühne stand und die Gefahr Russlands für die europäische Sicherheit erläuterte. «Die Herausforderungen sind nach wie vor gross. Es braucht eine aktive Allianz und noch mehr Mitglieder, die für eine sichere Schweiz einstehen», lautet das Fazit der Allianz Sicherheit Schweiz. *ASMZ*

Waffen-Sammlerbörse in Luzern findet 2022 wieder statt

Vom 24. bis 26. Juni findet die internationale Waffen-Sammlerbörse in Luzern statt. Als älteste Waffenbörse der Schweiz hat sie Kultstatus. Rund 100 Aussteller, von spezialisierten Waffengeschäften über enthusiastische Vereinspartner bis zu Anbietern von Outdoor-Ausrüstung und Sicherheitsbekleidung, präsentieren ihr Angebot und stehen den Besuchern mit Tipps zur Seite. Hoch im Kurs stehen jeweils die Sonderschauen. Ein Höhepunkt ist etwa der Verein American Reenactors Switzerland. Dessen Hauptziel ist es, die Militärgeschichte von 1700 bis 1975 originalgetreu darzustellen und nachzuerleben. Das Waffengeschäft Swiss Tactical Center erzählt den Besuchern zum Thema «The Wild West» die Geschichte zu ausgewählten Objekten aus dem amerikanischen Westen.

Ein wichtiges Thema ist die Sicherheit. Alles rund um die richtige Handhabung, den behutsamen Umgang und die notwendigen Schutzmassnahmen kommen ausführlich zur Sprache. Um Sicherheit und Ordnung vor Ort kümmert sich die Luzerner Polizei und informiert über die neuen Regeln beim Waffengesetz und die illegalen Einfuhren von Waffen. Damit der Besucher sich auch nach der Messe mit den Waffen-Profis vernetzen kann, erhalten alle Aussteller einen Gratiszugang auf der neuen Schweizer Online-Plattform waffenboerse24.ch. Die Sammlerbörse findet in der Messe Luzern statt. *ASMZ*

Weitergehende Informationen, auch zu den Öffnungszeiten, sind unter www.waffenboerse-luzern.ch zu finden.

ECHO AUS DER LESERSCHAFT

Interessante Dokumentation

Was habe ich mich seinerzeit geärgert, dass ich mit meinem Beitritt zur OG Stadt und dem zu entrichtenden Jahresbeitrag auch zwingend das ASMZ-Abo beziehen musste. Was bin ich heute froh über diese Dokumentation: interessant – basisverständlich – abwechslungsreich – fundiert ...! So zum heutigen Zeitpunkt einfach nur: Dankeschön!

Daniela Niederhauser, Bern

ASMZ 5/2022: Unterschiedliche Zahlen

Bis heute war ich der Ansicht, der Wahrheitsgehalt ihrer Texte sei sehr hoch. Nun habe ich meine Zweifel. Herr Keupp (Ausgabe 5/22) schreibt vom Plan Wahlen, der damalige Selbstversorgungsgrad konnte von 52 auf 56 Prozent gesteigert werden. Herr Surber schreibt jedoch, die Selbstversorgung mit Lebensmittel habe durch den Plan Wahlen von 50 auf 75 Prozent gesteigert werden können. Vieleicht wäre die präzise Auseinandersetzung mit dem Plan Wahlen und den überprüften und klar definierten Zahlen dazu einen spannenden Bericht wert. Vielen Dank für die immer wieder spannenden Berichte und Eurer Arbeit die ASMZ zu gestalten.

Marcel Gloor

SOGART fordert Stärkung der Artillerie

Die Schweizerische Offiziersgesellschaft der Artillerie (SOGART) begrüsst die parlamentarischen Vorstösse zur schrittweisen Erhöhung der Armeeausgaben auf rund sieben Milliarden Franken pro Jahr und die Erhöhung des Armee-Sollbestandes auf neu 120 000 Personen. Sie fordert, die zusätzlichen Mittel besonders zur Stärkung des Gesamtsystems Artillerie einzusetzen. So sei in den vergangenen Jahren bei der Artillerie gespart und ihre Wirkung kontinuierlich abgebaut worden.

Im Vordergrund steht für die SOGART die Beschaffung eines neuen Artilleriesystems mittlerer Reichweite (bis 100 km). Die Panzerhaubitzen M109 wurden ab den 1970er-Jahren beschafft. Die heutigen Anforderungen an Schutz und Mobilität, Präzision und Reichweite sowie Vernetzung werden nicht mehr erfüllt. Deren Ersatz sei zwingend notwendig, um die eigenen Kräfte mit indirekt wirkenden Mitteln unterstützen zu können. Dabei müssen Ziele sowohl punktgenau getroffen wie auch Flächenziele bekämpft werden können. Der bereits eingeleitete Beschaffungsprozess für ein neues Artilleriesystem sei konsequent weiter zu verfolgen und wo möglich zu beschleunigen. Die finanziellen Mittel seien so aufzustocken, dass ein lückenloses Gesamtsystem Artillerie beschafft werden könne. Dazu gehören laut SOGART auch ein Flugbahnradar, um gegnerisches Feuer zu detektieren, neue Feuerführungs- und Feuerleitungssysteme, Systeme zur Messung der meteorologischen Verhältnisse, Beobachtungsinstrumente zur Beleuchtung von Zielen, geschützte Logistikelemente, Infrastruktur zur Lagerung von Munition und Betriebsstoff sowie Simulatoren für die Ausbildung und Trainings auf unterschiedlichen Stufen.

Die zweite Forderung umfasst die zusätzliche Beschaffung von Mörsern für kurze Einsatzdistanzen (bis 10 km). Die Anzahl von 32 Stück 12-cm-Mörsern 16 reiche nicht aus, um alle Panzer-/Mechanisierte Bataillone zu unterstützten. Weiter wird die Evaluation von Raketenartillerie mit grosser Reichweite (über 100 km) gefordert. In modernen Konflikten versuche der Aggressor – mindestens in den ersten Phasen – die Wirkung auf grosse Distanz zu erzielen. Über die Fähigkeit, operatives Feuer schiessen zu können, verfügte die Schweizer Artillerie noch nie. Diese gelte es aufzubauen. Es gehe aber auch darum, die Artillerie dem gegnerischen Feuer entziehen zu können. Die vierte Forderung betrifft die Beschaffung von unterschiedlichen Munitionstypen. Dabei gelte es drei Dimensionen abzuwägen: Reichweite, Präzision und Sprengkraft.

Die SOGART fordert die Beschaffung von zusätzlichen Mörsern 16. Bild: Armasuisse

Nebst der Übungsgranate und dem Beleuchtungsgeschoss bestehen in der Schweizer Armee nur noch zwei Typen von 15,5-cm Artilleriegranaten. Die Stahlgranate mit beschränkter Wirkung gegen gepanzerte Ziele sowie die nur in kleiner Stückzahl vorhandene Suchzündermunition SMArt 155. Die zwischen 1988 und 1999 beschafften Kanistergeschosse wurden mit der Ratifizierung des Übereinkommens über Streumunition auf Grund der hohen Blindgängerrate verboten und entsorgt. Daher sei im Zuge der Erneuerung der Wirkplattformen (Ersatz M109 und Einführung Mörser) zwingend Munition für unterschiedliche Einsatzbereiche zu beschaffen.

Letztlich gelte es auch, die Durchhaltefähigkeit und damit die Truppenbestände der Artillerie zu erhöhen. Heute bestehen nur noch vier Artillerieabteilungen. Die Artillerie sei personell so zu stärken, dass sie über eine längere Einsatzphase eingesetzt werden kann. *ASMZ*

Bundesrat unterstützt Vorschläge für zusätzliche Rüstungsgüter und die rasche Beschaffung des F-35A

Angesichts der verschlechterten Sicherheitslage will der Bundesrat bestehende Fähigkeitslücken der Armee rascher als geplant schliessen. Er hat an seiner Sitzung vom 18. Mai beschlossen, mehrere Anträge der Sicherheitspolitischen Kommission des Ständerates zu unterstützen. Dazu gehören die Beschaffung einer zweiten Tranche des Mörsers 16 und der Ausbau im Bereich Cyber. Zudem will der Bundesrat den Vertrag für das neue Kampfflugzeug F-35A bis Ablauf der Offerte unterzeichnen. Darüber hinaus wird der Bundesrat die Armeeausgaben 2023 um 300 Millionen Franken und ab 2024 so erhöhen, dass sie 2030 ein Prozent des BIP betragen.

Mit den bislang verfügbaren finanziellen Mitteln mussten im Verteidigungsbudget laut Bundesrat Priorisierungen, Verzichte oder zeitliche Verschiebungen bei den Investitionen vorgenommen werden. Angesichts der Sicherheitslage hält er es für angezeigt, bestehende Fähigkeitslücken der Armee rascher als bis anhin geplant zu schliessen. Die Sicherheitspolitische Kommission des Ständerates (SiK-S) hat deshalb bei ihrer Beratung der Armeebotschaft 2022 Anfang Mai gestützt auf die Grundlagenberichte und Planungen des VBS massgebliche Änderungen an den geplanten Bundesbeschlüssen vorgenommen. Der Bundesrat hat das VBS am 18. Mai ermächtigt, im

Rahmen der parlamentarischen Beratung der Armeebotschaft 2022 mehrere Anträge der SiK-S zu unterstützen.

Unterzeichnung der Verträge für den F-35A

Erstens unterstützt der Bundesrat den Vorschlag, die Beschaffungsverträge für den F-35A mit der US-Regierung bis spätestens am 31. März 2023 und damit innerhalb der Gültigkeit der Offerten zu unterzeichnen. Der Bundesrat will damit nicht eine Volkabstimmung über die lancierte Volksinitiative «Gegen den F-35 (Stopp F-35)» abwarten. Es sei unsicher, ob bei Nachverhandlungen die Beschaffung zu den gleichen Konditionen, insbesondere den festgelegten Preisen und der geplanten Auslieferung, erfolgen könnte. Zudem hätten seit Kriegsausbruch viele Länder ihre Rüstungsbudgets erhöht. Der Bundesrat führt dazu etwa die Käufe von 64 F-35A durch Finnland, von bis zu 35 Stück durch Deutschland sowie 88 Maschinen durch Kanada an. «Das Risiko einer Verzögerung in der Auslieferung hat vor diesem Hintergrund stark zugenommen. Die Flugzeuge müssen aber wie geplant ab 2027 ausgeliefert werden, um den Schutz der Bevölkerung vor Bedrohungen aus der Luft auch nach 2030 zu gewährleisten», hält der Bundesrat fest.

Volksinitiativen entfalten vor Annahme durch Volk und Stände keine rechtliche Vorwirkung. Eine neue Verfassungsbestimmung würde frühestens mit der Annahme in Kraft treten.

Rüstungsprogramm 2022 wird aufgestockt

Zweitens will die sicherheitspolitische Kommission bereits im laufenden Jahr zusätzliche Rüstungsgüter beschliessen und die Verpflichtungskredite um 300 Millionen Franken erhöhen. Auch dieses Vorhaben wird der Bundesrat im Parlament unterstützen.

Im Einzelnen geht es um 110 Millionen Franken zur Erhöhung des Eigenschutzes der Armee im Cyber- und Elektromagnetischen Raum (Cyber-Lagezentrum und Ausweichstandort; zusätzliche mobile Cyber-Abwehrmittel und Einbau in Fahrzeuge sowie Erhöhung des Schutzes des Führungsnetzes Schweiz) sowie um 175 Millionen Franken für eine zweite Tranche 12 cm-Mörser 16. Zudem soll der Verpflichtungskredit «Projektierung, Erprobung und Beschaffungsvorbereitung» um 15 Millionen Franken erhöht und damit ein Musterfahrzeug für zukünftige Kommandofahrzeuge beschafft werden.

Kurzfristige Erhöhung der Armeeausgaben

Drittens ermächtigt der Bundesrat das VBS, die Armeeausgaben in den kommenden Jahren plafonderhöhend zu erhöhen, und zwar im 2023 um 300 Millionen Franken. Ab 2024 sollen die Armeeausgaben jährlich schrittweise so erhöht werden, dass sie 2030 ein Prozent des BIP betragen. Genaue Beträge können heute noch nicht beziffert werden. Der Nationalrat hatte sich vor kurzem bereits für eine schrittweise Erhöhung bis 2030 auf ein Prozent des BIP ausgesprochen. Über diese Motion wird der Ständerat noch befinden.

Der Bundesrat will mit dieser Erhöhung zusätzliche Beschaffungen in den kommenden Jahren ermöglichen und bereits geplante Vorhaben rascher realisieren. Die konkrete Planung, welche Rüstungsgüter in welchen Jahren beschafft werden sollen, ist noch nicht abgeschlossen.

Bundesrat will F-5 Tiger weiterhin ausmustern

Die SiK-S hat sich zudem gegen die Ausserdienststellung der Kampfflugzeuge F-5 Tiger ausgesprochen. Aus Sicht des Bundesrates sind die Gründe für eine Ausserdienststellung in der Armeebotschaft hinreichend dargelegt und die heutigen Aufgaben des F-5 Tiger können aufgefangen werden. Damit einher gehen Einsparungen in der Höhe von jährlich rund 44 Millionen Franken. Der Bundesrat hält daher an der Ausserdienststellung der F-5 Tiger fest. *ASMZ*

Basler Offiziere befassten sich mit den Folgen des Ukraine-Krieges

Die Offiziersgesellschaf beider Basel OGBB lud am 22. April zur 19. Generalversammlung. Nationalrätin Daniela Schneeberger (FDP BL) betonte in ihrer Grussbotschaft ihre Verbundenheit mit der Armee und der OGBB und die Notwendigkeit einer gut alimentierten und mit modernstem Material ausgerüsteten Schweizer Armee. Brigadier Alexander Kohli, Kommandant Mechanisierte Brigade 4, gab in seiner Botschaft anhand von Zahlen, Daten und Fakten Einblick in den Armeealltag und betonte zugleich die Bedeutung von Mensch und Material, welche stets im Zentrum der Überlegungen stehen müssen. Seine Kernbotschaft bezog sich auf den sehr schmalen Grat zwischen Krieg und Frieden und vor allem auf die immer kürzer werdenden Reaktionszeiten. OGBB-Präsident Major Lucien Schibli will die Vernetzung sowohl nach innen als auch nach aussen zu den Verbänden, Sektionen und Partner im Sicherheitsverbund fördern. In naher Zukunft will der Vorstand einen sicherheitspolitischen Think Thank etablieren. Schibli verabschiedete den past Präsidenten Jurt sowie den altgedienten Chef Administration, Joe Nyffeler. Ebenso wurde Sandro Degen aus dem Vorstand verabschiedet. Er wird sich künftig vertieft seinem Studium widmen. Prof. Dr. Laurent Goetschel, Direktor Swisspeace, beleuchtete als Hauptredner die sicherheitspolitischen Implikationen des Ukraine-Kriegs für die Schweiz sehr anschaulich. Eine seiner Erkenntnisse war das Versagen der Friedens- und nicht jene der Sicherheitspolitik. *ASMZ*

OGBB-Präsident Major Lucien Schibli begrüsste zur 19. Generalversammlung.
Bild: OGBB

Vereinbarung zwischen der Schweiz und der NATO zum Informationsschutz

Die Schweiz und die North Atlantic Treaty Organisation (NATO) schlossen 1997 ein Abkommen zur Informationssicherheit (General Security Agreement) ab. Dieses stellt die Grundlage für die Teilnahme der Schweiz an den friedensfördernden Operationen der KFOR im Kosovo dar. Die zunehmende Digitalisierung des Informationsaustausches mit der NATO führt dazu, dass die Modalitäten des Austausches und des gegenseitigen Schutzes von klassifizierten Informationen in einer Verwaltungsvereinbarung präzisiert werden müssen. Gestützt auf diese Vereinbarung können entsprechend internationalem Standard auch klassifizierte Informationen ausgetauscht oder Zugang dazu gewährt werden. Solche Vereinbarungen ermöglichen es unter anderem auch Schweizer Firmen, sich für Aufträge mit klassifiziertem Inhalt, welche von der NATO ausgeschrieben werden, zu bewerben.

Dieses Abkommen bildet die Basis für den Informations- und Erfahrungsaustausch zwischen der Schweiz und der NATO, wenn sicherheitsrelevante Themen und Bereiche tangiert sind. Darunter fällt beispielsweise auch der Bereich Cyber und die Kommunikationssicherheit (COMSEC). Die Schweiz unterhält mit einer Vielzahl von Staaten oder Organisationen Vereinbarungen über den Austausch und den gegenseitigen Schutz von klassifizierten Informationen aus dem militärischen Bereich. Solche Informationsschutzvereinbarungen dienen dazu, auch in sensitiven Bereichen kooperieren zu können. *dk/VBS*

Martin von Muralt wird Delegierter für den Sicherheitsverbund Schweiz

Der Bundesrat hat an seiner Sitzung vom 4. Mai Martin von Muralt zum Delegierten von Bund und Kantonen für den Sicherheitsverbund Schweiz (SVS) ernannt. Der frühere Direktor des Gefängnisses Champs-Dollon in Genf übernimmt per 1. August 2022 die Funktion von André Duvillard, der Ende Juli in den Ruhestand treten wird. Der 47-jährige von Muralt hat an der Universität Genf Politikwissenschaften studiert und 2001 den Master abgeschlossen. Im Jahr 2010 absolvierte er die Höhere Fachprüfung für Polizist mit eidgenössischem Diplom. Es folgten Weiterbildungen in den Bereichen Projektleitung, Führung, Risk Management und Cyber Security an verschiedenen Universitäten im In- und Ausland. Von 2001 bis 2003 war er als Polizeiinspektor bei der Kriminalpolizei in Genf tätig. Von 2003 bis 2011 war er in den Funktionen als Koordinator Interpol und Ermittler bei Fedpol tätig. In der Zeit von 2011 bis 2016 bekleidete er das Amt des Stabschefs, und von 2016 bis 2019 war er Kommandant der Polizei der Region Morges. Von 2019 bis 2021 amtete er als Direktor des Gefängnisses Champ-Dollon in Genf.

Martin von Muralt, der neue Delegierte für den Sicherheitsverbund Schweiz.
Bild: www.tdg.ch

Für die zu besetzende Funktion wurde eine Findungskommission eingesetzt, in der Bund und Kantone paritätisch vertreten waren. Der SVS umfasst grundsätzlich alle sicherheitspolitischen Instrumente des Bundes, der Kantone und der Gemeinden. Seine Strukturen bestehen aus zwei Steuerungsgremien – der politischen und operativen Plattform – sowie einer Geschäftsstelle. Die Steuerungsgremien dienen der Konsultation und Koordination von Entscheiden, Mitteln und Massnahmen von Bund und Kantonen bezüglich sicherheitspolitischer Herausforderungen, die sie gemeinsam betreffen. *VBS*

Schweizer Armee an internationaler Cyber-Übung

Die Schweiz war Teil der internationalen Cyber-Übung «Locked Shields», die vom Cooperative Cyber Defence Center of Excellence in Tallinn organisiert wird. Cyber-Fachkräfte der Schweizer Armee trainierten dabei mit Teams aus 33 Nationen die Abwehr von Cyber-Angriffen in einem hybriden Konflikt. Rund zwei Dutzend Angehörige des Cyber Bataillons 42, Teilnehmende des Cyber-Lehrgangs der Armee und Milizangehörige des Fachstabs Cyber haben sich im Vorfeld zusammen mit Fachkräften aus der Führungsunterstützungsbasis der Armee intensiv auf das Übungsszenario vorbereitet. Während der Übung wurden sie mit mehr als 8000 Attacken bespielt, die sie abwehren oder beheben müssen. Im Vordergrund stand das Trainieren von technischen Fähigkeiten, die Anwendung von militärischen Prozessen im Bereich Cyber Defence und die Klärung von Zuständigkeiten. Konkret sah das fiktive Szenario vor, dass in einem Konflikt zwischen zwei – nicht real existierenden – Nationen auch im virtuellen Raum Angriffe durchgeführt werden. Die Cyber-Fachkräfte der Schweiz hatten im Rahmen der Übung die Aufgabe, zentrale Informatik-Infrastrukturen einer dieser Nationen vor Angriffen der anderen Nation zu schützen. Dabei wurden Informatik-Infrastrukturen der Wasser- und Energieversorgung, der Finanzindustrie sowie der Landesverteidigung geschützt. Die Übung wird jeweils vom Cooperative Cyber Defence Center of Excellence in Tallinn geleitet. Im Jahr 2022 haben sich 33 Nationen zu 24 sogenannten Blue-Teams zusammengeschlossen, um an der Übung teilzunehmen. Ebenfalls Teil der Übung Locked Shields ist eine strategische Komponente, in welcher Fragen aus dem Bereich Recht und Public Governance geklärt werden müssen. Mit der wiederholten Teilnahme an dieser Übung schafft die Schweizer Armee laut deren Angaben einen bedeutenden Mehrwert für die Cyber-Fachkräfte aus der Miliz sowie für die Berufskomponente. *dk/VBS*